

Deutliches Signal gegen Digiflux

Datenbank Die Wirtschaftskommission des Nationalrats will die Meldepflicht für Dünger und Futtermittel aus dem Gesetz streichen. Wie der Bund mit Digiflux ab 2027 weiterfährt, ist jedoch noch offen.

Adrian Haldimann

Die Mitteilungspflicht für Nährstofflieferungen wie Dünger und Futtermittel über das System Digiflux soll ganz wegfallen und aus dem Gesetz gestrichen werden. Bei Pflanzenschutzmitteln soll einzig der Inverkehrbringer melden müssen, welche Mengen er in die Landwirtschaft und welche in den Gartenbau verkauft hat. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK-N) gab diese Woche mit 16 zu 9 Stimmen den parlamentarischen Initiativen von Jakob Stark (SVP, TG) und Katja Riem (SVP, BE) sowie drei Standesinitiativen der Kantone Bern, Luzern und St. Gallen grünes Licht. Es obsiegt SVP, FDP und Mitte.

Beat Rösli, Geschäftsführer der Vereinigung Schweizerischer Futtermittelfabrikanten (VSF), setzte sich massgeblich dafür ein, dass die Meldepflicht aus dem Gesetz gestrichen wird. Er zeigt sich erfreut: «Der Entscheid ist zwar noch kein Schlusspunkt unter die Diskussion um Digiflux und auch noch keine beschlossene Gesetzesänderung. Er stellt aber ein deutliches politisches Signal dar.»

Mit den Initiativen liegen bereits konkrete Gesetzesvorschläge vor. Die Wirtschaftskommission des Ständerats (WAK-S) wird nun einen Erlassentwurf ausarbeiten, kann dabei aber von diesen Vorschlägen abweichen. Der Entwurf geht anschliessend in die Vernehmlassung und danach ins Parlament.

Hält BLW an Digiflux fest?

Unklar bleibt, wie der Bund ab dem 1. Januar 2027 mit Digiflux umgehen wird. Ursprünglich hätten ab dann alle Lieferungen von Dünger, Futtermitteln und Pflanzenschutzmitteln erfasst werden müssen. Der Bund könnte auf Basis des geltenden Rechts an der Einführung festhalten. Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) konnte auf Anfrage bis Redaktionsschluss keine Auskunft zum weiteren Vorgehen geben. Denkbar wäre auch ein vorläufiger Stopp oder als Zwischenlösung eine freiwillige Weiterführung.

Für Letzteres sprechen sich IP-Suisse und Bio Suisse aus. «Digiflux soll weiterbestehen und allen interessierten Betrieben freiwillig zur Verfügung stehen», schreiben sie in einer gemeinsamen Mitteilung. Mehr Transparenz entlang der Stoffflüsse sei ein zentraler Bestandteil des politischen Kompromisses als Antwort auf die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative.